

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

23.2.1895 (No. 54)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. Februar.

N^o 54.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Für den Monat März werden Bestellungen auf die „Karlsruher Zeitung“ in der Expedition bis 15. März, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 8. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Signor Ernesto Bosco in Santa-Maria-Capua-vetere das Ritterkreuz II. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Großherzoglichen Hofjunker und Oberförster Merhart von Bernegg in Friedrichthal die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen verliehenen Ritterkreuzes I. Klasse des Königlich Schwedischen Wasa-Ordens zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 13. Februar d. J. gnädigst geruht, den Notar Nikolaus Schäfer in Cppingen auf 1. Mai d. J. auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und dadurch begründeter Hemmung in seiner Thätigkeit unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschliessung Großh. Ministeriums des Innern vom 11. Februar 1895 wurde der provisorische Bezirks- thierarzt Wilhelm Müller in Adelsheim etatmäßig ange- stellt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die Tabakfabriksteuer und ihre Gegner.

In dem Augenblick, in dem der Reichstag selber begonnen hat, in eine Berathung der Tabakfabriksteuer- vorlage einzutreten, diese Journalistischer weiter zu beleuchten, liegt für unser Blatt an sich kein Grund vor, zumal den Anlässen über die Materie, die wir an dieser Stelle gebracht haben, sachliche Gegenstände von betheiligter Seite nicht entgegengesetzt werden konnten. Dennoch würden wir glauben, einer Unterlassungsfünde uns schuldig zu machen, wenn wir unseren Lesern verschweigen wollten, welches grobe Geschick neuerdings ein Theil der Presse in der Bekämpfung der Vorlage aufzuführen für gut findet, indem nicht mehr und nicht weniger als mit dem Schluß „von 14 Fabriken in den Nachbarbörfern Mannheims gedroht wird, falls nicht in den nächsten Wochen das Scheitern der Fabriksteuer vorlage außer Zweifel gestellt werde“. Diese von der „Neuen Badischen Landeszeitung (Mannheimer Anzeiger)“ gebrachte Tartarennachricht wird freilich noch übertrumpft durch die Erklärung der, d. h. wohl aller Cigarrenfabri- kanten des Regierungsbezirks Württemberg an den Ober- präsidenten der Provinz Westphalen, daß sie bei Einführung der Fabriksteuer gezwungen seien, ihre sämtlichen Arbeiter und zwar zum größten Theil dauernd zu entlassen! Glaubt man, mit solchen Dro- hungen, denen die Uebertreibung an die Stirne geschrieben ist, Eindruck machen zu können? Wir möchten das Gegen- theil annehmen; aber allerdings kennzeichnend sind diese Drohungen für die wenig wählerische Art und Weise, wie man neuerdings gegenwärtige Standpunkte gegenüber Regierungsvorlagen zu vertreten beliebt. Daß in den nächsten Monaten der eine und andere Fabrikant Arbeiter zu entlassen beabsichtigt, mag an sich richtig sein; aber weiß das Mannheimer Blatt nicht, daß solche Ent- lassungen in den letzten 10 Jahren, und zwar auch in solchen Jahren, in denen auch nicht das kleinste Steuernwölken den Horizont der Tabakfabrikation trübte, im Zusammenhang mit dem wechselnden Gang der Geschäftskonjunktur bei uns in Baden wie anderwärts stets von Zeit zu Zeit vorgekommen sind! Die Ent- lassung von Arbeitern oder gar die Schließung einzelner Fabriken kann mit sehr verschiedenen Ursachen zusammen- hängen; wir bestreiten, daß zu solchen Maßregeln die projektirte Steuervorlage auch nur den entferntesten An- halt bietet. Aber freilich für das Organ der unentwegten demokratisch-freimüthigen Opposition gegen das „Mini- sterium Volk-Eisenlohr“ — wie das Mannheimer Blatt die gegenwärtige Regierung zu nennen beliebt — wäre es eine Genugthuung ohne Gleichen, sogar Arbeiter- entlassungen auf das Konto der jetzigen Regierung setzen zu dürfen; und welches effektvolle Schauspiel, wenn es gar gelänge, einzelne Fabrikanten als Opfer der Steuer- pläne der verbündeten Regierungen mit dem Glorien- schein unfreiwilligen Märtyrertums zu umgeben! Aber

wo, wie bei uns in Baden, noch in den letzten Jahren Cigarrenfabriken neu errichtet und bestehende erweitert worden sind, kann die angedrohte Schließung von Fabriken doch nur auf sehr ängstliche Gemüther Ein- druck machen.

Die jetzigen besonders tumultuarischen Vorstöße gegen die Fabriksteuer vorlage sollen auch nur die, Eingeweihten freilich gänzlich offenkundige Thatsache ver- schleieren, daß die Einigkeit unter den Tabak- interessen in der Bekämpfung der Vorlage längst in die Brüche gegangen ist. Die inländischen Rohabathändler stehen größtentheils innerlich der Vorlage freundlich gegenüber, wie die im vorigen Jahre von hervorragenden Vertretern des Rohabath- handels für die „Badische Korrespondenz“ geschriebenen Artikel klar haben erkennen lassen; aber die nicht ganz unbegründete Besorgnis, daß über jeden außerhals Reich und Glied sich stellenden Händler sofort ein seine Existenz bedrohender geschäftlicher Boykott verhängt werden könnte, hält begreiflicherweise von der Dokumentirung des gegenwärtigen Standpunktes ab. So hat auch ein sehr erheblicher Theil der Fabrikanten längst innerlich mit der neuen Steuer sich ausgeöhnt; wir finden es gleich- wohl vollkommen begrifflich und entschuldbar, wenn keiner derselben als „Verräther“ an der „guten Sache“ der Gewichtsteuer austreten und bekennen will, daß auch unter einem anderen Steuerhystem das Geschäft mit dem gleichen Erfolg wie seither fortbetrieben werden kann. An der Behauptung von der Unmöglichkeit der höheren Be- lastung des Tabaks wird vollends längst nicht mehr fest- gehalten: das Mannheimer demokratisch-freimüthige Organ weiß so gut wie wir, daß man neuerdings in Interessenten- kreisen erbötig wäre, der Reichsregierung eine Mehreinnahme von 20–25 Millionen Mark aus dem Tabak anzubieten, falls nur eine solche Mehreinnahme im System der seitherigen Gewichtsteuer, also unter gleichzeitiger Erhöhung dieser und des Eingangszolles, regierungsseitig acceptirt werden wollte. Man hat also offenbar in den betheiligten Kreisen das so sehr bestechende Argument des Konsumrückgangs und der damit im Zusammenhang stehenden Arbeiterentlassungen als Folge höherer Belastung des Tabakkonsums bereits preis- gegeben; wir sind überzeugt, daß das einzige dann überhaupt noch verbleibende Bedenken: die Undurch- führbarkeit der Fabriksteuerkontrolle, eben- falls bei vielen Fabrikanten innerlich bereits über- wunden ist. Mögen immerhin einige Fabrikanten die Flinte ins Korn werfen; es wird nicht an einer Menge Persönlichkeiten fehlen, die sofort in die Lücke eintreten, weil sie mit Recht die Hoffnung hegen, daß auch in Zukunft die Cigarrenfabrikation thätigen und geschäfts- gewandten Unternehmern günstige Erwerbsaussichten dar- bietet. Deshalb brauchen auch die Cigarrenarbeiter durch die Halbmaßnahmen, wie sie das Mannheimer Blatt in die Welt setzt, sich nicht beunruhigen zu lassen; es wird fortgerückt werden und für die fleißigen Arbeiterhände werden auch in der Folge sich Unternehmern finden, die sie in lohnender Weise in Bewegung setzen.

Deutschland.

Berlin, 21. Febr. Im Reichstage brachten Auer und Genossen eine Resolution ein, der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, wodurch die Erziehung der Jugend zur Wehrfähigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in eine Milizorganisation angebahnt wird. — Im preussischen Abgeordneten- hause konstituirte sich aus allen Parteien eine Vereinigung für körperliche und werththätige Erziehung. Die zur Berathung stehenden Grundzüge über die Thätigkeit und Organisation wurden einstimmig angenommen.

Berlin, 21. Febr. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Allerhöchsten Erlass vom 15. Dezember 1894, betreffend die Um- gestaltung der preussischen Eisenbahnbehörden, wonach die zur Ausführung der bisherigen Organisation ein- gesetzten Eisenbahndirektionen und Eisenbahnbetriebsämter aufgelöst und Eisenbahndirektionen in Altona, Berlin, Breslau, Bromberg, Kassel, Köln, Danzig, Elberfeld, Erfurt, Essen a. R., Frank- furt a. M., Halle a. S., Hannover, Kattowitz, Königsberg, Magdeburg, Münster i. W., Posen, Saarbrücken und Stettin errichtet werden. Das Eisenbahnkommissariat in Berlin wird aufgelöst. Die Verwaltungsordnung wird am 1. April d. J. eingeführt. — Die Staatsregierung beabsichtigt, den preussischen Staatsrath zur Berathung über die agrarische Frage baldmöglichst einzuberufen. Die unerläßlichen Vorbereitungen werden allerdings kaum gestatten, daß der Staatsrath vor dem 1. März zusammentritt. — Eine neue Verordnung über den Geschäftskreis, die Einrichtung und Verwaltung der Deutschen Seewarte bestimmt, daß die Geschäfte der Seewarte unter Leitung eines Direktors in Abtheilungen verwaltet werden. Zum Geschäftsbereich gehören ferner die erforderlichen Agenturen und meteorologischen Beobachtungsstationen. — Die preussische Re- gierung hat der Herrschaft für je 600 M. Aktien 3proz. Consols angeboten zum Nennwerth von 450 M. und 10 M.

(Mit einer Beilage.)

baar; ferner der Saalebahn für die Stammaktien à 300 M. Consols im Werthe von 150 M. und 15 M. baar, für eine Stammprioritätsaktie à 250 M. Consols im Nennwerth von 350 M. und 15 M. baar. Die Verwaltung der Betriebe ging an Preußen bereits am 1. Januar 1895 über. Der Umtausch der Aktien und Consols und die Auflösung der Gesellschaften erfolgt mit dem beginnenden zweiten Monat nach dem Verfert- werden des Vertrags.

Leipzig, 21. Febr. Das Reichsgericht hat die Revision der Redakteure Kleber von der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ und Zimmermann, welche am 20. November 1894 in Köln wegen Beleidigung des Staatssekretärs v. Marschall ver- urtheilt waren, verworfen.

München, 21. Febr. In einem an das Königliche Staats- ministerium gerichteten Allerhöchsten Signat heißt es: „Die Fürsorge für die Landwirtschaft, welche gegenwärtig mit unläugbaren Erwerbschwierigkeiten kämpft, liegt Mir warm am Herzen, da ja für das Wohl des Landes das Gedeihen der Land- wirtschaft einen so wichtigen Faktor bildet. Meine Regierung wird immer in Meinem Sinne handeln, wenn sie erfüllbaren Wünschen auf diesem Gebiete ihre ernste Bedachtnahme zuwendet.“
Luitpold, Prinz von Bayern.

Stuttgart, 21. Febr. Die Kammer der Abge- ordneten sollte heute Vormittag ihren Präsidenten wählen, die rechte Seite des Hauses hat jedoch um Hin- auschiebung der Wahl, da sie im Begriffe stehe, sich zu einer Fraktion zusammenzuschließen. Die Majorität zeigte hiezu jedoch wenig Geneigtheit und setzte auf Antrag des Abg. Gröber der Minderheit kurzweg den Termin, bis zu dem sie mit ihren Entschlüssen zu Ende zu kommen habe, auf Nachmittags 4 Uhr an. Bis dahin war denn die neue Partei auch fertig, die sich „Freie Vereinig- ung“ nennt und 38 Mitglieder zählt, so daß nur noch der Abg. Gebert fraktionslos bleibt (von den zwei Sozial- demokraten abgesehen). Die „Freie Vereinigung“ zählt 20 privilegierte und 18 gewählte Mitglieder. So viel man hört, war ursprünglich der Name „Freie nationale Vereinigung“ vorgeschlagen und es war namentlich der Abgeordnete für Mergentheim, Ministerpräsident Frey. v. Mittnacht der auf diese Bezeichnung Werth legte. Etwa sechs Mitglieder widersprachen jedoch dieser Bezeichnung, die ihren Wählern nur als ein anderer Name für „Deutsche Partei“ erscheinen und sie somit in den Ver- dacht bringen könnte, als ob sie ihrer während der Wahl eingenommenen Stellung untreu geworden wären. Da sich der Widerspruch somit nicht gegen die Sache richtete, ließ man dasselbe schließlich fallen und wählte die oben erwähnte Bezeichnung. Die „Deutsche Partei“, die in der „Freien Vereinigung“ mit ihren sämtlichen zehn Mitgliedern vertreten ist, ist damit auch dem Namen nach ebenso in einer weiteren Gruppe untergetaucht wie die Volkspartei zur Zeit ihres tiefsten Standes und noch im letzten Landtag in der Gruppe der „Linken“. Am 4 Uhr war die Präsidentenwahl, bei der die „Freie Vereinigung“ 32 Stimmen auf den bisherigen Präsidenten, Landgerichts- direktor v. Hohl, abgab (6 Mitglieder waren durch Unwohl- sein fern gehalten), während die Mehrheit den Reichs- tagsabgeordneten Rechtsanwalt Bayer mit 51 Stimmen wählte. Die Volkspartei hat diesen ihren ersten Führer und bedeutendsten Redner aus der Geschäftslinie nehmen müssen, da sie sonst keine für das Präsidium geeignete Persönlichkeit in ihrer Mitte hat. Wird die „Freie Ver- einigung“ von der Mehrheit als Fraktion anerkannt, so muß der morgen zu wählende Vicepräsident aus ihrer Mitte genommen werden, andernfalls wird ihn das Centrum stellen — für die Volkspartei die erste Probe, wie weit sie in Gefälligkeiten gegen das Centrum gehen wird. (In der heute, am 22. Februar, stattgefundenen Sitzung wurde der Centrumsabgeordnete Landgerichts- rath Dr. Rieme zum Vicepräsidenten gewählt. D. R.)
Zum Präsidenten der Kammer der Standesherrn ist von Seiner Majestät dem Könige wiederum Fürst von Waldburg-Zeil-Trauchburg ernannt worden, dem der Fürst von Fürstenberg die Freude des hohen Hauses darüber ansprach. Zum Vicepräsidenten wurde an Stelle des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg, der jetzt durch den Erbprinzen vertreten ist, Graf von Rechberg im Roth- löwen gewählt.

Als Graf Rothringen, 20. Febr. Der Landwirth- schaftsrath hat beschlossen, der Regierung die Gründung eines Weinbauinstituts zu empfehlen, das sich die Aufgabe stellen soll, den Weinbauern die Sortenauswahl, Düngung, Rebenbe- handlung, Bekämpfung der Rebenkrankheiten, sowie die gesammte hier noch sehr im Argen liegende Kellereiwirtschaft praktisch vorzuführen. Als Sitz des neuen Instituts ist Colmar in Aussicht genommen, das sich wegen seiner Lage inmitten ausgedehnter Rebgelände ganz besonders dazu eignet.

Heer und Marine.

Am 1. April verläßt das zum VII. Armeecorps gehörige 5. Westfälische Infanterie-Regiment Nr. 52, das seit langen Jahren in Aachen stand, diese Garnison.

Das Regiment kommt nach Rölln und tauscht mit dem zum VIII. Armeecorps gehörigen Füsilier-Regiment Nr. 40, das zum gleichen Zeitpunkt nach Aachen kommt. Die Garnison Rölln gehört schon jetzt zum Theil dem VII. Armeecorps an. Für den Garnisonwechsel dürfte lediglich dienstliche Rücksichten maßgebend gewesen sein, die mit der geographischen Lage der beiden Städte und der Zugehörigkeit der beiden Regimenter zu verschiedenen Armeecorps zusammenhängen.

Hauptmann's „Weber“ vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

* Zu der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses kamen die Auswüchse des modernen Theaterbetriebes zur Sprache. Eine zum Theil sehr erregte Debatte entspann sich bei diesem Anlaß über das polizeiliche Verbot der Aufführung von Hauptmann's „Weber“. Wir lassen hier die wesentlichsten Stellen der Verhandlung folgen:

Abg. Frhr. v. Seereeman (Centr.): Ich möchte den Minister bitten, den theatralischen Aufführungen, welche Angriffe auf Religion, Sitten oder andere bedenkliche Tendenzen enthalten, schärfer entgegenzutreten, als bisher. (Beifall rechts und im Centrum.) Unser Theater ist herabgesunken von einer Stufe höherer Bildung zu einer Stufe der Darbietung von Unsitte. (Beifall rechts und im Centrum.) Wenn gesagt wird, die Theaterdirektoren würden zu großen Schäden haben, so spricht das für mich, denn es zeigt, wie sehr die Gefühle und Bedürfnisse des Publikums herabgesunken sind. Ich meine, man kann in dieser Beziehung gar nicht scharf genug sein; es werden jetzt durch das Theater vielfach leichtfertige Begriffe von Sitten und Ordnung, stellenweise auch Oranien, die auf Umsturz des Staates und der Gesellschaftsordnung gehen, in der Bevölkerung angeregt.

Minister v. Kölller: Ich bin der Ansicht, daß die Theater das, was sie sein sollten, eine Bildungstätte zur Förderung von Sitten und historischer Erinnerung, zur Förderung alles Guten und Guten leider schon lange nicht mehr sind. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Es gibt ja natürliche Ausnahmen, aber im allgemeinen und hier in der Residenz vor allem haben wir eine Menge neuer Theater bekommen, denen es nicht mehr darauf ankommt, gute Sitten und edeln Sinn zu pflegen, sondern darauf, recht viel zu verdienen, selbst auf die Gefahr hin, die Moralität des Volkes zu ruinieren. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Centrum.) Zuruf: Wie die meisten Schriftsteller! Ich hätte gemüthlich, auch über die Literatur der Neuzeit einmal sprechen zu dürfen. (Ridert: Das würde noch hübscher werden.) Es hilft nichts, Herr Ridert, wir müssen die Sache einmal besprechen und mit schmerzhaften Bemerkungen kommen wir nicht weiter, wenn die Moralität des Volkes in Gefahr ist, verloren zu gehen. Ich bin gern bereit, in dem Sinne zu wirken, daß das aufgehört; es ist aber nicht immer ganz leicht, weil die polizeilichen Entscheidungen oft im Wege der Klage aufgehoben werden. (Ridert: Ein wahrer Scandal!) Die Polizeibehörden haben z. B. entschieden, daß ein Stück, wie die „Weber“, nicht auf die deutsche Bühne gehöre. Die Beschwerde gegen diese Verfügung ist an das Obergerichtsgeschicht gegangen und in zwei Fällen wurde das Verbot aufgehoben. Nun betrifft eine solche Verbotsaufhebung ja immer nur den speziellen Fall. Niemand wird dadurch gesagt, daß das Stück nun generell erlaubt sei; und ich hoffe, daß die Polizeibehörden immer von neuem den Fall zur Entscheidung bringen werden und daß in nicht zu langer Zeit die Urtheile des Obergerichtsgeschicht anders ausfallen. Ich will hier der Polizeibehörde, die vor etwa zehn Tagen die Aufführung der „Weber“ von neuem untersagt hat, meinen Dank ausdrücken. (Beifall rechts und im Centrum.) Ich werde Ihnen dankbar sein, wenn Sie hier solche Sachen anregen, für Sitten, Ordnung und Anstand im Lande den Boden zu erhalten und den subversiven Elementen, die ihn untergraben wollen, auf das Allereingiffligste entgegenzutreten. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Graf Limburg-Strum (konf.): Meine politischen Freunde haben die Ausführungen des Ministers vollauf beifriedigt.

Abg. Ridert (reif. Vereinig.): Mein Gewissen zwingt mich, hier öffentlich Verwahrung dagegen einzulegen, daß der Minister es unternommen hat, dem höchsten Verwaltungsgerichtshof in dieser Weise zu präjudizieren. Wenn ein Minister es unternimmt, eine derartige Kritik an dem obersten Verwaltungsgerichtshof zu üben, wenn er hier einer untergeordneten Behörde den Dank ausdrückt, daß sie anders gehandelt hat, ähnelt das nicht auch subversiven Tendenzen? (Zustimmung links.) Was heute die Moral untergräbt, das ist die gemeine Interessenswirtschaft (Sehr richtig! links), die in alle Klassen der Gesellschaft eingreift und die von Feuten betrieben wird, die sich immer als die Säulen von Thron und Vaterland ausgeben. (Unruhe rechts, Beifall links.)

Minister v. Kölller: Ich habe vorhin gesagt, daß das Stück „Die Weber“ von verschiedenen Polizeibehörden verboten wäre, daß diese Verbote aber im Wege der Klage als nicht zutreffend erkannt worden waren, und habe ferner gesagt, daß es sich glücklicherweise bei jedem Obergerichtsgeschicht nur um den einen Fall handelte. Jenes Erkenntnis des Obergerichtsgeschicht hat ausdrücklich hervorgehoben, daß lokale Gründe vorlägen, weshalb das Stück dort aufgeführt werden könne; es hat sich aber sehr wohl vorbehalten, in einem anderen Falle anders zu entscheiden. Ich habe weiter gesagt, daß die Polizeibehörden das Stück dort, wo sie es für nötig halten, von neuem verbieten können, und daß ich hoffe, das Obergerichtsgeschicht werde bei weiteren Entscheidungen zu anderen Resultaten kommen. (Ridert: Hört! hört!) Ja wohl, hört. (Beifall.) Wie lange sollen wir noch zusehen, daß alle heiligen Güter der Nation herabgewürdigt und in den Schmutz gezogen werden! (Beifall rechts und im Centrum.) Noch ist es Zeit, noch haben wir die Gewalt, und zwar basirt dieselbe auf dem gefunden Sinn des Volkes, der noch nicht vergiftet und verdorben ist.

Abg. Frhr. v. Seereeman (Centr.): Wenn die Urtheile des Obergerichtsgeschicht in einzelnen Fällen anders ausgefallen sind, kann das eine vollkommen ausreichende Begründung haben. Graf Limburg hat gemeint, wir würden jetzt vielleicht auch manche Zugeständnisse machen, die wir seit dem Kulturkampf nicht gemacht hätten. Das hat mit dieser Sache gar nichts zu thun. Hier muß der Polizei eine gewisse Freiheit der Bewegung gegeben werden. Dem Minister bin ich nun sehr dankbar für seine Äußerungen. Ich hoffe, daß seine Energie auch weiter dahin wirken wird, daß alles, was gegen Anstand, Ordnung, Sitten und Religion wirkt, mehr gehindert wird. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Jedlig (freikonf.): Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir mit der Auffassung des Ministers, namentlich über die Zulassung von Stücken wie „Die Weber“, durchaus einverstanden sind. Natürlich muß nicht die wirkliche hohe Kunst unter Polizeimaßregeln gestellt werden. Es muß aber dafür ge-

forgt werden, daß das Theater wieder das wird, was es sein soll, nämlich eine Stätte hoher Kunst. (Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Strum (konf.): Der Abg. Ridert wollte sich als Führer des Hauses hinstellen in der Behauptung der Unabhängigkeit der Gerichtshöfe. Die wollen wir auch; wir wollen den Gerichtshöfen aber keine größere Kompetenz einräumen, als ihnen gebührt. Die Entscheidung des Obergerichtsgeschicht ist nur souborän für den einzelnen Fall, weiter geht sie nicht. Wenn die Auffassung des Abg. Ridert richtig wäre, wo blieben die Rechte des Ministers und der Krone.

Abg. Fobrecht (nat. lib.): Ich kenne das Stück „Die Weber“ nicht. Ich bin aber doch sicher, durchaus im Einverständnis mit meinen politischen Freunden zu sprechen, wenn ich sage, daß wir die in der zweiten Ausführung des Ministers gegebene Erklärung durchaus billigen und es entschieden als richtig anerkennen, wenn einmal von dieser Stelle gesprochen wird, es soll einem gewissen Treiben, welches schamlos genug gegen Sitten und religiöse Gesinnung auftritt, entgegengetreten werden. Ich bemerke aber ausdrücklich: „Der zweiten Erklärung“. Ich habe von der ersten Rede des Ministers auch den Eindruck, dem Abg. Ridert einen zu weitgehenden Ausdruck gegeben hat, als wenn eine Kritik selbst werden sollte an der Entscheidung des Obergerichtsgeschicht. Und nun gestehe ich: ich halte das Obergerichtsgeschicht für eine der werthvollsten Einrichtungen der letzten Jahrzehnte.

Abg. Ridert: Gewiß hat Jeder das Recht der Kritik gerichtlicher Entscheidungen. Ich frage die Herren auf jener Seite, welche Gesellschaften das Kontingent zu dem Besuch der unfittlichen Institute stellen, die Arbeiterklassen oder andere. (Lebhafte Zurufe rechts: die Juden! — Heiterkeit rechts.) Will Graf Limburg auf dem Wege gesellschaftlicher Einwirkung dagegen ankämpfen, so thun wir mit. Ich frage aber: was würden Sie zu einem Justizminister sagen, wenn er das Urtheil des Kammergerichtes in einem betreffenden Fall in der Weise kritisiert, wie das Herr v. Kölller in Bezug auf das Urtheil des Obergerichtsgeschicht getan hat? Wenn er die Hofnung aussprechen würde, daß das Kammergericht ein andermal anders entscheiden werde? (Unruhe.) So hat der Minister sich ausgedrückt, und dagegen erhebe ich Protest, daß das der Minister nicht.

Minister v. Kölller: Der Abg. Ridert hat mir gerathen, in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein. Nun sind mir ja alle Rathschläge, besonders von alten Bekannten außerordentlich werth. (Heiterkeit.) Indessen Abg. Ridert wolle mir verzeihen, ich kenne ihn zu gut und zu lange, wenn ich sage, daß ich keinen Rathschlagen absolut niemals folge. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit rechts; und wenn er mir gerathen hat, in Zukunft vorsichtiger zu sein, so ist mir das ein klarer Beweis, daß ich in Bezug auf den Fall mit den „Webern“ gerade das Richtige gesagt habe.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 22. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Staatsrath Dr. Buchenberger zur Vortragserstattung. Letzterer war während der letzten zwei Wochen durch Krankheit verhindert, das Haus zu verlassen; er bedarf, obgleich hergestellt, noch für einige Zeit der Schonung. Nachmittags hörte der Großherzog den Vortrag des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

Seine königliche Hoheit der Erbprinz wird Seine königliche Hoheit den Großherzog bei der Trauerfeier für Seine Kaiserliche und königliche Hoheit den Herzog von Albrecht von Oesterreich in Wien vertreten. Die Abreise des Erbprinzen erfolgt am Sonntag früh von hier aus mit dem Orient-Expresszug.

(Groß. Hoftheater.) Außer den beiden am Sonntag den 24. Februar und Dienstag den 26. Februar stattfindenden Gastmusikvorstellungen „Die Galloschen des Glucks“ bringt der Spielplan dieser Woche am Donnerstag den 26. Februar „Falkoff“, am Freitag den 1. März „Alessandro Stradella“, am Sonntag den 3. März „Siegfried“. Die Aufführung von Martin Greif's Trauerspiel „Francesca da Rimini“ ist auf den 7. März angelegt. Für die Mitte des nächsten Monats ist ein dreimaliges Gastspiel von Herrn Friedrich Ritterwitzer in Aussicht genommen.

(Auszeichnung.) Laut Allerhöchster Kabinettsordre vom 14. Februar 1895 ist dem König. Munddirektor Adolf Boettge, vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm von Seiner Hoheit dem Herzog von Altenburg verliehenen Verdienstkreuzes des Sachsen-Gieseltischen Hausordens ertheilt worden.

(Der Karlsruher Schriftsteller- und Journalistenverein) veranstaltete gestern Abend in dem vornehm ausgestatteten großen Saale des Hotels „Germania“ einen Damenabend, der einen vortrefflichen Verlauf nahm. An Stelle des leider erkrankten ersten Vorsitzenden, Herrn Ministerialrath a. D. v. Seibel begrüßte der zweite Vorsitzende des Vereins, Herr v. Widenradt, in schwungvollen Worten die zahlreich erschienenen Gäste. An vortrefflichen künstlerischen Darbietungen war kein Mangel. Fel. Weill und Herr Bode zeichneten sich durch ihr Klavierpiel ebenso vortheils aus, wie Fel. Steffen, das neuengagirte Mitglied uneres Hoftheaters, deren künstlerische Gesangsvorträge von Herrn Schwabe in feinsinniger Weise begleitet wurden. Einen sensationellen „Acherfeld“ erzählte das bekannte Mitglied des Frankfurter Stadttheaters Herr Grün, dessen komische Vorträge bekanntlich zu dem Besten auf dem Gebiete herzerfrischenden Humors zählen. Der Verein ist Herrn Grün ganz besonders zu Dank verpflichtet, daß er, trotz der Unbillen der Witterung, der Einladung des Vorstandes Folge geleistet und die Mitglieder und Gäste des Vereins mit den Gaben seines unerfähllichen Humors erfreute. — Herr Anwalt Süßfle spielte in poetischer Form die Damen, die schließlich mit Grazie und guter Laune dem Tange huldigten. — Die seit einem Jahre zwischen dem Verein und einzelnen wenigen Mitgliedern des Vokalanschlusses der Bühnengenossenschaft schwelenden Differenzen sind durch die tatvolle und sehr dankenswerthe Intervention des Herrn Generalintendanten Dr. Wüllin zur vollen Befriedigung des Vereins erledigt worden.

(Sitzung der Strafkammer III) vom 20. Februar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Rauch. Beitreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Jolliv. 1. Tagelöhner Christian Dürler, 33 Jahr alt, aus Arnbach, wegen Diebstahls drei Monate Gefängniß. 2. Kurzwaarenhändlerin Sophie Mai aus Auferthal wegen Diebstahls ein Jahr Gefängniß. 3. Schreiner August Reichbacher aus Söllingen wegen Verbrechen

gegen § 176^a R.E.L.G. fünf Monate und zwei Wochen Gefängniß, abgültig zwei Wochen Unterhucungshaft. 4. Cigarrenfabrikant Karl Benner aus Aue wegen Widerstands 20 M. Geldstrafe.

(Vom Schlaag getroffen) Bürzte gestern Abend in der Ritterstraße der 46 Jahre alte Buchhalter Reinhold Buchholz von hier zusammen und starb heute früh 2 Uhr.

(Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Einem Goldarbeiter — Boffert — in der Kaiserstraße wurden innerhalb der letzten vier Wochen verschiedene Armabänder im Gesamtwerte von 87 M. entwendet. Als Thäterin wurde eine in dem Geschäfte bedienstete Kauffrau ermittelt und verhaftet. Auch die Tochter der Frau, welche an den Diebstählen theilhaftig war, wurde festgenommen.

(Heidelberg, 21. Febr.) Ende nächsten Monats begeben Herr Kirchenrath Professor Hofken seinen 70. Geburtstag. Mit Rücksicht auf die kommenden Ferien wurde dieses Fest nun schon gestern Abend durch einen Komers gefeiert. Das Arrangement des Festes hatten die Theologen, die näheren Schüler des Gefeierten, übernommen, doch theilnahmen sich daran mündelns eben so viele Studenten der anderen Fakultäten und Angehörige der verschiedenen Verbindungen. Das Fest verlief sehr schön. Seinen Mittelpunkt bildete die Dankrede des Kirchenraths Hofken, der darin einen Rückblick auf sein Leben und insbesondere auf seine geistige Lebensarbeit warf. Die Professoren der theologischen Fakultät wohnten dem Feste bei und ergriffen fast alle ebenfalls das Wort. Auch die hiesigen evangelischen Geistlichen nahmen an der Feier theil. — Die hiesige lutherische Armenpflege hat in diesem ärgenen Winter es sich sehr angelegen sein lassen, die bedürftigen Familien mit Heizmaterial zu unterstügen. Außer den eigenen Mitteln hatte sie über 1 100 Mark, die von Privaten gesammelt worden waren, zu diesem Zwecke zu veräußern.

(Griesbach, 22. Febr.) Der Bürgerausschuß sprach sich einstimmig für die Erbauung einer Wasserleitung aus den Koffenauer Quellen aus. Die Leistung wird neun Kilometer lang sein und etwa 20000 M. kosten. Sie soll so angelegt werden, daß jederzeit ein Elektrizitätswerk damit verbunden werden kann.

(Offenburg, 21. Febr.) Sonntag den 3. März findet zur Eröffnung der neuen städtischen Bühne ein Gesamtgastspiel von Mitgliedern des Großh. Hoftheaters in Karlsruhe statt. Der Abend selbst wird durch einen Festprolog eingeleitet, dem das klassische Lustspiel „Donna Diana“ folgen wird.

(Vom Bodensee, 20. Febr.) Die vom „Bodan“ in Konstanz im Inselhotel nach der Idee seines Vereinspräsidenten, Herrn Obersekretär Fuß, veranstaltete Aufführung von Scheffel's „Trompeter von Säckingen“ gestaltete sich zu einer vollenständigen künstlerischen Darstellung in Wort und Bild, welche die begehrten Erwartungen weit übertraf. Acht mit feinem Geschmack gewählte lebende Bilder mit entsprechenden Verwandlungen brachten ein reges dramatisches Leben in das Geschehen. Die Gruppe „Berner's Abschied“ von Margarethe, beleuchtet durch verschiedenartigste bengalische Feuer, machte namentlich einen imposanten Eindruck und bildete den würdigen Abschluß der herrlichen Scenerie. Frau Ruf sprach in schönem Vortrag den verbindenden Text, während die Regimentsmusik unter der bewährten Leitung des Herrs Danlosfer durch ihre prächtigen Weisen zum Gelingen des Melodramas nicht wenig beitrug. Nach Beendigung der Darstellungen folgte ein großartiger Maskenball, an dem etwa 700 Personen theil nahmen. — Auch die jüngsten Soli der Feiern waren in der Seegegend äußerst in sehr glänzendes Ergebniß herbei. Für Eichen 1. Klasse wurden 50 M., für solche 2. Klasse 40 M. und 3. Klasse 30 M. pro Fuhmeter, — für Wachen 1. Klasse 22 M., 2. Klasse 18 — 19 M. und 3. Klasse 14 — 16 M. pro Fuhmeter erzielt. Das Wachen-Holz wird in neuerer Zeit vielfach zur Herstellung von Barquetböden verwendet.

Verschiedenes.

Mies, 21. Febr. Aufsehen erregen bedeutende Unterhaltungen in der Kasse des Pflzer Fortschrittsvereins, die von dem Redanten, der vorige Woche gestorben ist, ausgeführt worden sind. Die Höhe des Fehlbetrags ist noch nicht festgestellt. Viele Bürger und Handwerker sind an den Verlusten theilhaftig.

Heilsberg, 20. Febr. Zwischen Rothenkrug und Jostkirch wurden von einem Schnellzug zwei Kinder eines Wohnwärters überfahren. Das eine, ein 15jährig's Mädchen, wurde getödtet, das andere, ein jüngerer Knabe, schwer verletzt.

Leipzig, 20. Febr. Der Handarbeiter Berner aus Leipzig und der Kellerer Schmidt aus Leipzig reakt, die gemeinsam am 12. Februar einen Raubbankfall gegen den Geldbriefträger Breitfeld verübt hatten, sind (wie bereits telegraphisch gemeldet wurde) am Bahnhof Markt-Redwig in Oberbayern verhaftet worden und haben nach längerem Kämpfen ihre That auch eingestanden. Sie waren ohne Ausweispassiere und ohne Baarmittel. Auf die Spur kam die Behörde durch den Handarbeiter Berner selbst, der einem hiesigen Bekannten einen Brief an sein: (Berner's) Mutter zur Weiterbefragung überschied hatte. In dieser Briefeinlage hatte Berner seiner Mutter gemeldet, daß er sich über Trief einaufschreiben gedachte, und um das nötige Reisegeld gebeten. Der Brief wurde hier der H. Behörde übergeben, und so gelang es bald ohne große Mühe, in Markt-Redwig, wo der Brief aufgegeben worden war, die beiden Verbrecher zu ermitteln.

Paris, 21. Febr. Das Urtheil im Erpressungsprozess wurde heute verkündet. Der angeklagte Duclerc wurde zu 15 Monaten Gefängniß und 200 Fr. Geldstrafe, Girard zu 2 Jahren Gefängniß und 1000 Fr. Geldstrafe, Hyfter ebenfalls zu 2 Jahren Gefängniß und 1000 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Trocard wurde freigesprochen, ebenso Canivet. Dreyfus wurde zu 1 Jahr Gefängniß und 500 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Fortalis wurde in contumaciam zu 5 Jahren Gefängniß und 3000 Fr. Geldstrafe, Blazux in contumaciam zu 2 Jahren Gefängniß und 200 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

London, 20. Febr. Gestern trat hier Thauwetter ein; während der letzten Nacht aber hat es wieder gefroren. Sieben weitere Todesfälle in London werden der Kälte zugeschrieben. Drei Kinder ertranken gestern durch das Einbrechen des Eises im Regent's Kanal. Tausende von Personen werden in London täglich durch die öffentliche Wohlthätigkeit gespeist. Im Hofe der Stadt ist die Noth besonders groß; in einem einzigen Viertel erhalten 8000 Arbeiter tägliche Suppe und Brod. Viele Unbedachtigte durchziehen die Straßen mit der Schaufel über der Schulter und einem Bettel auf der Brust mit der Aufschrift „Arbeitslos“.

Belsingbø, 19. Febr. Vorgethen war während des ganzen Tages ein sehr lebhafter Personenverkehr über das Eis des Canals von Helsingborg hierher. Wohl an 10 000 Personen aus Schweden haben die gute Gelegenheit benützt, Dänemark

zu Fuß einen Besuch abzukommen. Der Hafen ist vollständig gefüllt mit Schiffen, die hier vor dem Eise Schutz suchen.

Washington, 20. Febr. Der Erste Sekretär der ruffischen Gesandtschaft, Bogdanow, hat sich durch einen Schuß in den Kopf getödtet.

Neueste Telegramme.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Febr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der Tabakfabriksteuer-Vorlage.

Abg. Wackerer (nat-lib.) führt aus, die Vorlage lege die Deckung für die Militärvorlage nicht den leistungsfähigen Schultern auf und führe eine Verminderung des Konsums und eine Vertreibung der billigen Cigarren herbei. Sie treffe die Arbeiter und die Kleinbetriebe. Die Reichseinkommensteuer und Erbschaftsteuer seien trotz der Ausführungen des Staatssekretärs v. Posadowsky ausführbar und man werde auf diese Vorschläge trotz alledem zurückkommen. Der Uebergang zur Fabriksteuer sei für hochentwickelte Tabakindustrie verhängnisvoll. Er fürchtete durch die Vorlage eine weitere Hinbewegung zum Monopol, dauernde Beunruhigung der Industrie, zahlreiche Arbeiterentlassungen und unangenehme Defraudationen. Der Hinweis auf Amerika treffe nicht zu, da dort der Uebergang vollzogen worden sei, als die Tabakindustrie noch unentwickelt gewesen. Redner bespricht sodann den Einfluß der Vorlage auf den einheimischen Tabakbau und bestritt die Zunahme des Baues in den letzten Jahren, besagt die günstige Behandlung des ausländischen Tabaks und verlangt dringend einen höheren Tabakzoll, um nicht den heimischen Tabakbau zu ruinieren. Die Regierung habe die Nachteile für die Pflanzler wohl erkannt und deshalb einige Vorbeile, wie Erleichterung der Kontrollmaßregeln, in den Vordergrund gerückt. Diese Vorbeile seien für die Pflanzler sehr gering. Die Vorlage enthalte eine Begünstigung der Großgrundbesitzer, fast eine Monopolisierung derselben. Die Rauchtobake würden durch die Vorlage wohl günstiger gestellt, aber nicht genügend, der Rückgang des Verbrauchs werde dadurch nicht aufgehoben werden. Das Richtige sei eine Erhöhung der Zollsätze auf ausländischen Tabak und Fabrikate.

Abg. Schädler (Centr.) wünscht die Vorlage namentlich von dem Gesichtspunkte aus betrachtet zu sehen, ob die Einführung neuer Finanzquellen nötig sei. Wir erkennen die Notwendigkeit nicht an.

Bundesratsbevollmächtigter für Sachsen-Meinungen Minister Heim: Die Frage der Matricularbeiträge ist für die kleinen Staaten brennend geworden. Sie bilden ein wichtiges Glied im Deutschen Reich, das der Schöpfer der deutschen Verfassung als notwendig und wohlthätig bezeichnet hat. Die kleinen Staaten könnten ihren Kulturaufgaben nur genügen, wenn sie schnell von den Lasten der hohen Matricularbeiträge befreit würden. Die jetzigen Zustände seien auf die Dauer nicht zu ertragen. Im Interesse der kleinen Staaten bitte er um Annahme der Vorlage.

Abg. Böckmann (Hospitant der Deutsch-Konf.) steht im allgemeinen einer höheren Belastung des Tabaks sympathisch gegenüber, hat aber Bedenken gegen einzelne Punkte, die hienichtlich die kommissarische Berathung zerstreuen werde. Namentlich befürchtet er eine Schädigung der Industrie.

Abg. Goller (libd. Volksd.) erklärt sich gegen die Vorlage, die einen großen Schritt zum Monopol bedeute, und verlangt Beschränkung der Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien.

Abg. v. Hammerstein (deutsch-konf.) hält eine Biersteuer für empfehlenswerter, als eine Tabaksteuer, da die letztere eine stärker steigende Tendenz habe. Deshalb lehne er und seine politischen Freunde aus Mecklenburg und Posen die neue Tabakfabriksteuer vorlage ab. Er führt aus, nach dem Gesetz von 1879 sei der Konsum um mindestens 18 Proz. zurückgegangen. Nach dieser Vorlage werde sicher ein weiterer Rückgang eintreten. Man könne dem Deutschen nicht zumuten, 30 Proz. für seinen Tabak auszugeben. Die norddeutsche Tabakindustrie werde künftig mit der süddeutschen nicht mehr konkurrieren können. Die ganze Vorlage gehe dahin, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb aufsauge. Der Schwerpunkt der Interessen liege auf Seiten der Industrie und nicht auf Seiten der Pflanzler.

Abg. Elm (Soz.) wendet sich gegen die Vorlage, weil die Kosten der Militärvorlage jetzt doch den schwächeren Schultern aufgebürdet würden, entgegen den früheren Versprechungen, den Tabak nicht heranzuziehen. Die Sozialdemokratie habe schon früher eine progressive Einkommensteuer empfohlen und halte daran auch heute fest. (Schluß des Vortrags.)

Berlin, 22. Febr. Die Kommission lehnte mit 15 gegen 12 Stimmen § 129a der Vorlage ab, wonach die Verabredung eines Verordnungs oder die Verabredung zu fortgesetzter Vergebung eines Verordnungs zwecks gewaltsamen Umsturzes der staatlichen Ordnung mit Justizhaus bestraft wird, auch wenn die ausführenden Handlungen fehlen.

Berlin, 22. Febr. In der Kommission für die Umsturzworlage beantragte das Centrum einen neuen Paragraphen: Mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder Gefängnis bis zwei Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren durch Druck oder Bild das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Menschenseele, den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe und Familie angreift und läugnet.

Berlin, 22. Febr. Die Budgetkommission sagte die Beratung des Marineetat's fort; sie bewilligte die zweite Rate für das Panzerschiff „Erlaß Preußen“.

Deutscher Handelstag.

Berlin, 22. Febr. Der Deutsche Handelstag wurde heute vom Geh. Kommerzienrat Frenzel mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser eröffnet.

Staatssekretär von Boetticher begrüßt die Versammlung namens der Reichsregierung und dankt dem Handelstag für die Beschlüsse, welche den Einklang mit der Politik der Regierung beweisen. Redner betont sodann den Nutzen des russischen Handelsvertrags, da Deutschland auf die Ausfuhr angewiesen sei. Der Herr Staatssekretär bespricht sodann die Vorlagen betreffend den unlauteren Wettbewerb, Abänderung der Gewerbeordnung,

Ausdehnung der Versicherung auf das Handelsgewerbe und wünscht den Verhandlungen Erfolg.

Frg.-Berlin begrüßt den Handelstag namens der Berliner Kaufmannschaft.

Die Versammlung wählte sodann Frenzel-Berlin zum ersten, Michel-Mainz zum zweiten und Börmann-Hamburg zum dritten Vorsitzenden.

Nach kurzem Referat Frenzel's wurde einstimmig folgende Erklärung angenommen: Der Austausch des Handelstages bedauert sehr lebhaft die Annahme des Antrags Friedberg-Mirbach im Reichstag, der eine tiefe Beunruhigung des Handels und Verkehrs hervorgerufen und im Auslande die Meinung erweckt, Deutschland beabsichtige eine Aenderung der Währung. Wenn auch der Reichskanzler erklärt habe, eine eventuelle Verhandlung präjudiziere nichts an der deutschen Währung, so erachtet der Austausch es doch für geboten, zu erklären, der Handelstag hält unverändert an dem Plenarbeschlusse vom 12. März 1886 fest, wonach an der Goldwährung nicht zu rütteln sei. Der Austausch würde hierin eine fundamentale Schädigung des gesammten deutschen Wirtschaftslebens erblicken, wogegen nicht laut genug protestiert werden könne. Der Austausch beauftragt das Präsidium, eine neue Plenarversammlung zur Behandlung der Währungsfrage einzuberufen.

Berlin, 22. Febr. Wie die „N. N. Z.“ hört, wird das Branntweinsteuergesetz dem Bundesrath in kürzester Frist zugehen.

Berlin, 21. Febr. Die Bilanz der Berliner Handelsgesellschaft weist einen Bruttogewinn von 7517705 M. auf. Nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern, sowie Abschreibung von einer Million auf Konfortial- und Effektenbesitz verbleibt ein Reingewinn von 5408757 M. (gegen 3667823 M.), wovon 7 Proz. Dividende zur Verteilung vorgeschlagen werden. Dem Fonduskontos der Angestellten werden 50000 M. zugewiesen und 155392 M. auf neue Rechnung vortragen.

Berlin, 22. Febr. Die „Voss. Ztg.“ berichtet aus Konstantinopel: In den letzten Tagen wurden zahlreiche Sofistikas verhaftet. Näheres über die Verhaftungen ist nicht zu erfahren. — Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Altona: Hier wurde eine weiterverarbeitete falsche Münze verhaftet, die falsche preussische Thalerstücke anfertigte. — Dasselbe Blatt meldet aus Rom: In Cordate sind fünf Bauern erfroren aufgefunden worden.

Paris, 22. Febr. Nach einer Depesche der „Agence Havas“ aus St. Petersburg haben an der dortigen Universität ernannte Rubrikationen stattgefunden, bei denen es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Studenten kam. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und später die Ruhe wieder hergestellt.

Paris, 22. Febr. Die Initiativkommission beschloß, daß der Antrag auf Wiedereinführung des Likenskrutiniums in Betracht zu ziehen sei, doch wurde der Berichterstatter der Kommission beauftragt, zu betonen, daß die Majorität der letzteren gegen den Antrag abstimmte und ihr Beschluß nur auf Grund der Anschauung erfolgt sei, daß eine solche Frage der Beratung des Parlaments nicht entzogen werden könne. — Die ehemals der boulangistischen Partei angehörigen Deputirten Habert und Gauthier haben einen Resolutionsantrag eingebracht, wonach die Verfassung dahin abzuändern sei, daß das Parlament im Kriegsfall eine Anzahl von Deputirten aus seiner Mitte wähle, die mit dem Präsidenten der Republik und den Ministern ein legislatives Komité der nationalen Verteidigung bilden sollen. Dieses Komité hätte die Ermächtigung, selbständig Beschlüsse zu fassen und würde im Parla ment nicht interpellirt werden können. Die Antragsteller weisen in der Begründung ihrer Resolution darauf hin, daß die Befähigung des Parlaments im Kriegsfall, wo rasche Entschlüsse zu treffen wären, für das Land verhängnisvolle Folgen haben könnte.

Paris, 22. Febr. Dreyfus ist gestern in St. Martin auf einem besonderen Dampfer eingeschiff worden, welcher ihn nach der Rhede der Insel Alg brachte, von wo Dreyfus an Bord des Transportdampfers „Finistère“ nach Nuyana übergeführt werden soll. — Das „Journal Cotidian Illustré“ meldet unter Vorbehalt das Gerücht, Oberleutnant Monteil sei von afrikanischen Eingeborenen angegriffen worden und habe 300 Mann verloren. Mehrere Mann seien von der Rückzugslinie abgeschnitten worden.

London, 22. Febr. (Unterhaus.) Grey erklärt, es bestehe zwischen Frankreich und Madagaskar ein Zustand der Feindseligkeiten, der die Ausübung der Rechte Kriegführender gegen Neutrale involvieren kann, aber in den Fällen, wo es nicht wahrscheinlich sei, daß sich die Feindseligkeiten auf das hohe Meer erstrecken, ist es für den Zweck der Neutralität nicht erforderlich, Reglements über Einlaufen, Verbleiben und Verproviantirung von Kriegsschiffen der kriegführenden Parteien in britischen Häfen zu erlassen. Die Regierung ist bereit, die britischen Unterthanen in der Ausübung aller ihrer Rechte, zu denen sie unter den gegebenen Verhältnissen berechtigt sind, zu schützen. Sir Henry James beantragte Verlesung, um die Aufmerksamkeit auf die Einführung der Importzölle auf Baumwollenwaaren in Ostindien zu lenken. Er erklärt, daß öffentliche Interesse erheische die Erörterung der Frage, ob die öffentliche Finanzen nicht durch die Erörterung der Frage, ob die Aufhebung der Zölle abhängig gemacht habe. Im Vorjahre aber habe Indien vor einem Defizit gestanden, eine Steuererhöhung war nötig und diese Steuerreform sei dann adoptirt worden, weil sie nicht schädlich sei und am betriebsfähigsten für das indische Volk erschien. Es sei wichtig, das Vertrauen Indiens in die Unmöglichkeit Englands nicht zu erschüttern. Grey erklärte im weiteren Verlaufe der Debatte in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und nicht im Namen der Opposition, daß Haus möge von jeder Rücksicht auf Parteivorteile absehen, ungenügend auf die Stimme Indiens hören und nicht den Einfluß und die Macht Englands im Oriente gefährden, was geschehen würde, wenn man auf die Stimme Kanckera's höre. Er hoffe jedoch, die Regierung werde die Beschwerden Kanckera's betreffend die Unzulänglichkeit der Accisesfälle, untersuchen. Der Schatzkanzler Courcour versicherte, die Regierung habe nur aus

Rücksicht auf die Gerechtigkeit gegen Indien gehandelt trotz des Risikos, die Stimmen der Wähler zu verlieren. Die Regierung sei indessen bereit, die Vorstellungen Kanckera's bezüglich der Accise in Erwägung zu ziehen. Bedauerlich sei es, wenn den Fragen ein Parteifarakter gegeben werde. Sollte es das Schicksal der Regierung sein, zu fallen, so könne sie für keine würdigere Sache fallen. Sollte dies das Resultat der Abstimmung sein, so würde für Indien ein dauerndes Gefühl zurückbleiben, daß das Unterhaus ihm keine Gerechtigkeit bezeugt hätte. (Lauter Beifall.) Schließlich wurde der Antrag James', das Haus zu vertagen, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Einführung der Baumwollzölle in Ostindien zu lenken, mit 804 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

London, 22. Febr. Nach einer Meldung der „Times“ aus Philadelphia vom 21. d. M. wird der Senat vorgeschlagen, den Zuckerpflanzern eine Prämie für die letzte Ernte zu zahlen, deren Betrag auf fünf Millionen Dollars geschätzt wird. — Die Silbermänner aller Parteien beabsichtigen sich zu vereinigen, um für die Präsidentenwahl von 1896 einen Kandidaten zu ernennen, welcher ihre Ideen verkörpern würde.

London, 22. Febr. Reuter's Bureau meldet aus Rio de Janeiro vom 21. d., es sei die Emission einer inneren Anleihe von der Regierung definitiv beschlossen worden.

St. Petersburg, 22. Febr. Finanzminister Witte traf Maßnahmen zur Unterstützung der vaterländischen Baumwollproduktion mittelst Kredit durch die Staatsbank. Diese schießt den Baumwollproduzenten Betriebskapital vor, gewährt Darlehen auf gereinigte und ungereinigte Baumwolle und schießt den Baumwollspinnereien und Baumwollwebereien Mittel zum Einkauf von Baumwolle vor.

Familiennachrichten.

Todesfälle. 20. Febr. Rosalie, Ehefr. von Levi Strauß, Privatier, 64 J. — 21. Febr. Friedrich, 8 M. 9 J., S. Friedrich Walter, Stollmeister. — Magdalena, Ehefr. von Jakob Kleber, Heizer, 42 J. — Kaiser, 3 M. 22 J., S. Johannes Markus, Aufseher.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. Therm. Wind. Relative Feuchtigk. in mm in C.	Wind. in m/sec.	Rel. Feuchtigk. in %.	Wind. in m/sec.	Rel. Feuchtigk. in %.	Wind. in m/sec.	Rel. Feuchtigk. in %.
21. Nachts 9 ^h U.	755.0 +0.5	3.8	80	SW	bedeckt		
22. Morgs. 7 ^h U.	753.9 -1.1	3.8	90				
22. Mitts. 2 ^h U.	754.4 +3.2	4.6	80				

1) Schnee. Höchste Temperatur am 21. Febr. +15°; niedrigste heute Nacht -15°.

2) Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.0 mm.

Lufttemperaturen und Schneehöhen am 22. Februar, Morgens: Meeressburg -8°, 10 cm; Ladnauberg -5°, 99 cm; Billingen -11°, 47 cm; Buchen -1°, 28 cm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 22. Febr., Morgs., 2.68 m, gefallen 1 cm.

Weiterbericht des Centralbur. f. Met. u. Hyd. v. 22. Febr. 1896.

Das barometrische Maximum über den britischen Inseln hat an Höhe etwas abgenommen. Die Depression, welche gestern über der Ostsee gelegen war, ist auf süddlicher Bahn nach Russland weiter gezogen; von dort verursacht sie in weitem Umfange trübendes Wetter mit leichten Regnen und Schneefällen, sowie nördwestliche Luftzufuhr, welche weiteres Steigen der Temperaturen herbeiführt haben; nur in Süd- und Ostdeutschland herrscht am Morgen noch leichter Frost. Die Witterung wird voraussichtlich vorerst diesen Charakter noch beibehalten; doch ist zu befürchten, daß die Depression eine südliche Bahn einschlägt, was Luftzufuhr aus dem wieder sehr kalten Nordosten Europas (Saparanda -30°, Archangelst -36°) und damit neuerdings Zunahme des Frosts zur Folge haben würde.

Telegraphische Kursberichte.

vom 22. Februar 1896.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 339½, Staatsb. 331½, Lombarden 88½, 3¼, Portugiesen 26.20, Cappter 104.80, Unqaru 102.60, Diskonto-Kommandit 206.70, Gotthardaktien 183.70. Tendenz: fest.
Frankfurt. (Schlußkurs I.) Wechsel Amsterdam 169.47, Wechsel London 204.80, Paris 81.12, Wien 165.20, Privatdiskonto 1½, Napoleons 16.21, 4¼, Deutsche Reichsanleihe 105.90, 5¼, Deutsche Reichsanleihe 98.80, 4¼, Preuß. Konfols 105.55, 4¼, Baden in Gulden 105.—, 4¼, Baden in Mark 105.85, 5¼, Griechen 33.30, 4¼, Monopolgriechen 36.10, 5¼, Italiener 89.20, Deferr. Goldrente 103.45, Deferr. Silberrente 84.55, Deferr. Koofe von 1880 133.40, 4¼, 5¼, Portugiesen 38.—, III. Orientanleihe 66.90.
Frankfurt. (Schlußkurs II.) Spanien 77.30, Zoll-Türken 101.80, 1¼, Türken D. 26.55, 4¼, Ungarn 102.70, 5¼, Argentinier 53.90, 5¼, Mexikaner 78.40, Berliner Handelsgesellschaft 154½, Darmstädter Bank 153.30, Deutsche Bank 179.50, Diskonto-Kommandit 206.—, Dresdener 160.30, Deferr. Länderbank 240¼, Deferr. Kreditaktien 339½, Hess. Ludwigsbahn 117¼, Lombarden 89¼, Staatsbahn 331¼, Elbthalaktien 233¼, Schweizer Nordostbahn 135.90, Mittelmeerbahn 94.40, Meridional 127.30, Badische Zuckerfabrik 66.60, Nordb. Lloyd 86.60 (Nachbörse). Kreditaktien 338¼, Diskonto Kommandit 205.80, Staatsbahn —, Lombarden 89¼, Ruffen 219.25. Tendenz: fester.
Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 251.40, Diskonto-Kommandit 206.60, Staatsbahn 164.—, Lombarden 43.90, Ruff. Noten 219.25, Laurab. 123.30, Harpener 134.50, Staatsb. 393.15.
Berlin. (Schlußkurs.) Kreditaktien 251.20, Diskonto Kommandit 205.70, Lombarden 44.10, Ruff. Noten 219.25, Bochumer Gußstahl 135.90, Gelsenkirchen Bergwerk 155.60, Laurabütte 123.60, Harpener 134.80, Privatdiskonto 1¼.
Wien. (Börse.) Kreditaktien 412¼, Staatsbahn 396.30, Lombarden 106.10, Marknoten 60.55, 4¼, Ungarn 124.20, Papierrente 102.05, Deferr. Kronenrente 101.10, Länderbank 290.25, Ungar. Kronenrente 99¼. Tendenz: fest.
Abendkurse vom heutigen Tage.
Berlin. Diskonto-Kommandit 205.70, Bochumer 136.90, Dortmund 61.60.
Frankfurt. Kredit 337¼, Diskonto 205.30, Staatsbahn 331¼, Lombarden 89.—, Gelsenkirchen 155.50, Türken —, Portugiesen 26.10, 6¼, Mexikaner 77.70, 3¼, Reichsanleihe —. Tendenz: schwach.
Paris. 3¼, Rente 103.32, 3¼, Portugiesen 25¼, Spanien 77¼, Türken 26.92, Banque Ottomane 697.—, Rio Tinto 326.—, Banque de Paris 787.—, Italiener 88.70. Tendenz: still.
Beantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.



vorzüglichster Fleisch-extrakt enthält 50mal mehr Nährstoffe wie gewöhl. Fleisch-extrakte. Invaliden-Bovril, unübertroffen. Näh- u. Stärkungsmittel, von leichtester Verdaulichkeit. — Von resten ärztlichen Autoritäten empfohlen. General-Depôt für Deutschland: F. Mayer & Cie., Hoflieferanten, Karlsruhe i. B.

Pianos, Flügel, Harmoniums

Badische Handelsbank, 205 Kaiserstrasse 205, Karlsruhe.

Ankauf, Verkauf und Umtausch ic- und ausländischer Wertpapiere. Einlösung aller Coupons ohne Abzug vier Wochen vor Verfall.

Flügel & Piano's von Julius Blüthner. Ludwig Schweisgut, Grossh. Hoflieferant, Pianofortelager, Herrenstr. 31 Karlsruhe Herrenstr. 31.

Thee MESSMER. Vorzügliche Theemischungen à Mk. 2.50 u. 3.50 p. Pfd. in höchsten Kreisen eingeführt.

BÉNÉDICTINE de l'ABBAYE de FÉCAMP. Der beste aller Liqueure. Aertzlich empfohlen. Man verlange immer am Fusse jeder Flasche die viereckige Etiquette mit der Unterschrift des General-Direktors: A. Legendre aini.

Offene Stelle. Die Stelle des Stüttschreibers dahier ist in Folge Ablebens des bisherigen Inhabers in Erledigung gekommen.

Das Zahn-Atelier von Karl Petry befindet sich D.188-3 Karlsstrasse 21a, Ecke Ludwigplatz.

BLUT. Apfelsinen, 30-50 St. 3.- Mandarinen, 50 3.40 Citronen, 40-50 2.70

Bettfedern. Wir verleben solltet, gegen Radm. jedes beliebige Quantum Güte neue Bettfedern v. 1 M. 25 Pfg. bis 1 M. 80 Pfg.

Antiquitäten-Zeitung in Stuttgart. Viertelj. M. 2.50. Bürgerliche Rechtspflege. Aufseher.

D.704.2. Nr. 2029. Durlach. Die Noa Amolsch Erben, Namens 1. Max Noa Nagel, 2. Wilhelm August Nagel, 3. Vette Luise Fried, geb. Nagel in Blankenloch, und 4. Karl Friedrich Nagel, Gendarm in Nedarbilschheim, 2. 3. u. 4. vertreten durch Max Noa Nagel in Blankenloch, besitzen auf Gemartung Weingarten das nachbeschriebene Grundstück:

Durlach, den 16. Februar 1895. Groß. bad. Amtsgericht. Dies veröffentlicht Der Gerichtsschreiber: Frank. Handelsregister-Einträge. D.761. Ettlingen. Zu D.3. 136 des diesseitigen Firmenregisters, Firma Joseph Scherer in Busenbach, wurde heute eingetragen:

von Bechstein, Berdux, Blüthner, Neumeyer, Rosenkranz, Schiedmayer, Schwechten und andere bewährte Fabrikate liefert am billigsten das Pianolager und Versandthaus H. MAURER, Karlsruhe, Friedrichsplatz 5. - Bezugsquelle I. Ranges. - Geiründet 1879. - Preise von 450 Mk. an. N 135.10

Photogr. Atelier Erbprinzenstr. 3 Karlsruhe Walter Reimer. Photocrayons, Vergrößerungen, Aquarelle und Lichtdrucke. N 775

HEINRICH LANZ, MANNHEIM & BERLIN. Lokomobilen von 2-150 Pferdekräften. Special-Abtheilung für Industrie. In den letzten zehn Jahren über 4000 Stück verkauft.

D.762. Ettlingen. In D.3. 169 des diesseitigen Firmenregisters, Firma Otto Jäger in Malsch, wurde heute eingetragen: Die Firma und die dem Kaufmann Christian Reich aus Würzburg erhaltene Procura ist erloschen.

D.774. Nr. 3018. Billingen. In das diesseitige Genossenschaftsregister wurde eingetragen: In D.3. 5 Band II: Vorschussverein Billingen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.

D.783. Nr. 4043. Mannheim. In das Handelsregister wurde eingetragen: In D.3. 569 Gef. Reg. Bd. VI. Firma 'Durlacher Schaumweinfabrik, Aktiengesellschaft' in Mannheim; Heinrich Böhm und Emil Schüller sind als Liquidatoren abberufen.

D.787.2. Ettlingen. Der am 16. März 1866 zu Malsch geborene, zuletzt daselbst wohnhaft gewesene, ledige katholische Maurer Josef Sattler wird beschuldigt, als Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein.

D.757.2. Nr. 2144. Rastatt. Der am 10. Oktober 1861 zu Pflaum, Schweiz, Kantons Waadt, geborene Bäcker Ludwig Dörschbach, welcher sich zuletzt in Rastatt aufhielt, wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr I. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein.

D.760. Nr. 61. Schopfheim. Befanntmachung. Zur Aufstellung des Lagerbuchs der Gemartung Büschau wird Tagfahrt auf Montag den 4. März, von Vormittags 10 Uhr an, in das Rathhaus daselbst anberaumt.

D.761. Ettlingen. In D.3. 136 des diesseitigen Firmenregisters, Firma Joseph Scherer in Busenbach, wurde heute eingetragen: Die Firma ist erloschen.

ordnung vom 11. September 1883 aufgefodert, in obiger Tagfahrt die zu Gunsten ihrer Eigenschaften etwa bestehende Grunddienbarkeiten, unter Anführung der Rechtsurkunden, dem Unterzeichneten zum Eintrag in das Lagerbuch anzuzeigen.

D.782. Karlsruhe. Der am 19. Februar 1858 zu Bergbauden geborene Landtag J. in gerlin hat um die Erlaubnis nachgelacht, seinen Familiennamen in 'Müller' umändern zu dürfen.

D.781. Karlsruhe. Grob. Bad. Staats-Eisenbahnen. Im Verkehr zwischen Waldshut und Stationen der Schweizerischen Nordostbahn wird der Mindestbetrag für die Beförderung lebender Thiere, soweit solche nach den Bestimmungen und Frachtsätzen des Schweizerischen Reglements und Tarifs für den Transport von lebenden Tieren vom 1. April 1890 erfolgt, mit fortgesetzter Wirkung von 40 auf 25 Centimes für die Sendung ermäßigt.

D.740.2. Nr. 859. Yauda. Grob. Bad. Staats-Eisenbahnen. Bergabung von Hochbauarbeiten. Die nachdenannten Bauarbeiten, als Maurer-, Steinbauer-, Zimmer-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Blech- und Anstreicherarbeit, im Gesamtantritt von etwa 1450 M., zur Herstellung eines Stallgebäudes, sowie zur Vergrößerung des Bahnwärterhäuses auf Station 125 der Dornwaldsbahn, bei Station Geroldsheim gelegen, sollen im Verdingungswege vergeben werden.

D.741. Nr. 587. Basel. Grob. Bad. Staats-Eisenbahnen. Im Wege der öffentl. Ausschreibung soll vergeben werden die Lieferung von: 1. Eichen Brücken-schwellen 11,498 cbm

Freitag den 15. März d. J., Nachmittags 6 Uhr, bei dem Unterzeichneten einreichen. Bis zu diesem Termine liegen die Lieferungsbedingungen und das Holzverzeichnis zur Einsicht hier auf oder werden auf portofreie Anfrage abgegeben.

Als Zuschlagsfrist werden 3 Wochen festgesetzt. Basel, den 14. Februar 1895. Der Groß. Bahnbauinspektor.

D.606.3. Straßburg. Die Arbeiten zum Neubau eines Waffin-Saracens-Rafementes zu Straßburg i. E. bestehend aus: 1. Erd-, Maurer-, Asphalt-, Steinhauer-, Zimmer- und Staferarbeiten, 2. Eisen-, Eisenguß- und Walzarbeiten, sollen öffentlich verdingt werden.

Termin zur Eröffnung der Angebote ist auf Mittwoch den 27. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, im Bureau des unterzeichn. Garnison-Baubeamten III zu Straßburg, Vogelensstraße 10, anberaumt. Die Angebote sind versegelt, mit entsprechender Aufschrift, pünktlich einzureichen.

Bedingungen u. können gegen Erstattung der Umdruckkosten bezogen werden. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Der Garnison-Baubeamte: Mebert.